

Renate Damus

**Zur Reproduktion von Herrschaft  
in nachkapitalistischen Gesellschaften**

Anmerkungen zu meinen bisherigen Arbeiten aus Anlaß der vorstehenden Kritik

Eine Replik kann versuchen, minutiös vorgebrachte Einwände, gewollte und ungewollte Mißverständnisse sowie pamphletartige Unterstellungen, wie sie auch in dem vorstehenden Aufsatz enthalten sind, zu widerlegen. Dies führt meist zu haarspalterischen Auseinandersetzungen, die der Leser nur nachvollziehen kann, wenn er die gesamte verwandte Literatur ebenfalls liest. Eine Replik kann sich jedoch auch frei machen von dem verständlichen Bedürfnis aufzuzeigen, wie und wo überall man mißverstanden wurde und sich auf die wesentlichen Punkte beziehen, auf die es dem Kritisierten ankommt. Ich wähle die letztere Vorgehensweise. Dabei gehe ich thesenhaft (1) bzw. weitgehend lediglich konstatierend auf folgende – von mir bzw. meinem Kritiker – aufgeworfenen Probleme und Fragestellungen ein:

1. auf das – untergeschobene – Problem einer Theorie der Übergangsgesellschaft (bzw. auf meine Intention bei meinen bisherigen Arbeiten);
2. auf die – untergeschobene – Gleichsetzung von Sozialismus mit Planwirtschaft, folglich auf die – untergeschobene – Reduktion der Probleme auf die Plan/Markt/Ebene;
3. auf das Problem der Formanalyse (Punkt 1 bis 3 lassen sich nicht so streng voneinander trennen, wie dies hier erscheint)
4. auf die Frage, ob die Realität nachkapitalistischer Gesellschaften (hier: RgW-Staaten) als historischer Fortschritt oder Rückschritt im Vergleich zum Kapitalismus zu bezeichnen ist
5. auf das Problem der historischen Entstehungsbedingungen der heutigen Herrschaftsformen in nachkapitalistischen Gesellschaften
6. auf die Position des Staatskapitalismus, wie sie der vorstehenden Kritik zugrunde liegt.

**1. Zum Problem einer Theorie der Übergangsgesellschaft bzw. zu meiner Intention bei der Abfassung meiner Arbeiten**

Die Tatsache, daß Buddeberg meint, mich als Theoretiker der Übergangsgesellschaft begreifen zu müssen, läßt sich nur von daher erklären, daß ich in bestimmten Arbei-

---

1 Eine ausführliche Argumentation zu den Punkten 1-4 findet sich in R. Damus: Vergesellschaftung und Herrschaft in nachkapitalistischen Gesellschaften. Manuskript erscheint 1976. Hier versuche ich einen Ansatz zur gesamtgesellschaftlichen Analyse zu entwickeln.

ten gelegentlich den Begriff Übergangsgesellschaft (vornehmlich in den „Entscheidungsstrukturen“ (2) benutzt habe. Inhaltlich jedoch läßt sich auch an den „Entscheidungsstrukturen“ ausweisen, daß ich keine Theorie der Übergangsgesellschaft zu formulieren gedenke und bis dahin auch keine formuliert habe. Spätestens jedoch anhand des Aufsatzes im „Kursbuch“ (3) und insbesondere im „Leviathan“ (4) hätte Buddeberg begreifen müssen, daß ich nicht nur keine Theorie der Übergangsgesellschaft formuliere, sondern daß ich eine solche nicht formulieren kann, weil ich solche Ansätze für falsch erachte, da sie die Realität in den osteuropäischen Staaten nicht erfassen.

Der vornehmlich in den „Entscheidungsstrukturen“, aber selbst dort sparsam verwandte Begriff der „Übergangsgesellschaft“ wie der neutralere Begriff der „nachkapitalistischen“ Gesellschaften in den erwähnten Aufsätzen resultiert daraus, daß ich keinen geschlossenen Begriff in die Diskussion einführe, solange ich noch Lücken der Analyse sehe, die ein endgültiges Urteil nicht ermöglichen. Damit verbindet sich nicht nur eine bestimmte Auffassung von Wissenschaft, sondern auch von politischem Verhalten (5). Meine anfängliche Intention, die ich im Laufe meiner Arbeiten in einen größeren Zusammenhang einbettete, war eine andere: gegenüber der oberflächlichen Plan-Markt-Diskussion, mit der sich daraus für westeuropäische Marxisten bis vor kurzem meist ergebenden simplen Verurteilung der osteuropäischen Staaten ab dem Zeitpunkt der Einführung der Wirtschaftsreformen, ging und geht es mir darum, die Schwierigkeiten, die sich in einer (sozialistischen) Planwirtschaft – auf einem bestimmten historischen Stand – ergeben, aufzuzeigen. Grund und Aufhänger der Diskussion ist für mich also nicht das Problem Plan/Markt, folglich auch nicht die Frage, ob oder wie weit aufgrund der neuen ökonomischen Systeme sich eine kapitalistische oder sozialistische Entwicklung vollzieht. Wenn es mir um die Probleme geht, die sich einer (sozialistischen) Planwirtschaft stellen, dann vornehmlich aus vier Gründen:

- a) weil die gesamtwirtschaftliche Effizienz aufgrund der historischen Bedingungen ein zentraler Maßstab für die Masse der Menschen ist, die in diesen Planwirtschaften leben und denen es um die reibungslose Befriedigung ihrer (legitimen) Bedürfnisse geht.
- b) weil die ökonomischen Probleme, die sich den osteuropäischen Staaten – aus welchen Gründen sei hier dahingestellt – stellen, die Form und der Inhalt ihrer partiell unzulänglichen Lösung (im Vergleich mit dem kapitalistischen System) bei großen Teilen der Bevölkerung in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten zum Beurteilungsmaßstab für Sozialismus schlechthin geworden sind

- 
- 2 R. Damus: Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme in der DDR-Wirtschaft. Frankfurt 1973.
  - 3 R. Damus: Ist die Arbeit im Sozialismus Lohnarbeit? Zum Charakter der Arbeit in den nachkapitalistischen Gesellschaften Osteuropas. In: Kursbuch 38. 1974. S. 92ff.
  - 4 R. Damus: Vergesellschaftung oder Bürokratisierung durch Planung in nachkapitalistischen Gesellschaften. In: Leviathan. 2/1974. S. 179ff.
  - 5 Das unter Fußnote (1) erwähnte Manuskript stellt den Versuch dar, zahlreiche Lücken zu schließen.

- c) weil eine wissenschaftlich fundierte Analyse dieser Probleme und eine damit verbundene politische Argumentation für eine Strategie in den kapitalistischen Staaten mir unabdingbar erscheint (wegen b)
- d) weil nur eine konkrete Kritik langfristig die marxistische Opposition in den osteuropäischen Staaten unterstützen kann.

Unter diesen Voraussetzungen ist es erforderlich, daß man nicht *abstrakt* die nicht vorhandene Demokratie beklagt, sondern daß man sich mit den anstehenden Problemen, insbesondere – aus besagten Gründen – mit den ökonomischen, befaßt. Dabei kommt es darauf an herauszukristallisieren, ob diese Probleme als grundsätzliche Probleme einer Planwirtschaft auf einem bestimmten historischen Entwicklungsstand zu bezeichnen sind und/oder ob sie Ergebnis bestimmter Herrschaftsstrukturen sind. Mir erscheint – im Gegensatz zu meinem Kritiker – der Nachweis, auf den es mir sehr ankam und ankommt, nicht banal: der Nachweis, daß Vergesellschaftung von Entscheidungsprozessen (Demokratisierung) und gesamtwirtschaftliche Effizienz – nicht nur sich nicht entgegenstehen, sondern daß die Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums über die Vergesellschaftung der Entscheidungsprozesse auf dem heutigen Entwicklungsstand (6) eher möglich ist als unter Beibehaltung der vorhandenen Herrschaftsstrukturen. Nur in dieser Verzahnung von Effizienz und Vergesellschaftungsproblematik unter bestimmten Bedingungen wird Kritik konkret, sind theoretische Überlegungen insofern legitimiert, als sie an den Bewußtseinsstand der tatsächlichen wie potentiell Betroffenen anschließen (ohne dabei stehen zu bleiben) und den Herrschenden ihre letzte Legitimationsbasis entziehen. (Diese Ausführungen legen noch einmal kurz die Intention, die dem „Sonderheft der Prokla“ (7) wie den „Entscheidungsstrukturen“ vornehmlich zugrunde liegen und die dort auch jeweils formuliert sind, dar.)

Eine Theorie der Übergangsgesellschaft hatte und habe ich aber auch deshalb nicht vor, weil solche Theorien implizit bzw. explizit suggerieren, daß sich diese Gesellschaften, wie unzulänglich auch immer sie sein mögen, auf dem Weg zum Sozialismus/Kommunismus befinden. In anderer Interpretation suggeriert sie eine Rückentwicklung zum Kapitalismus. Beiden Positionen ist gemeinsam, daß sich diese Gesellschaften durch kapitalistische und sozialistische Elemente auszeichnen. Beiden Positionen ist daher auch gemeinsam, daß nach dem Kapitalismus geschichtlich problemlos der Sozialismus folgt. Solche Auffassungen ergeben sich entweder aus einem allgemeinen Geschichtsdeterminismus und/oder aus der Feststellung sich widerstreitender Strukturprinzipien, wovon die historisch weitertreibenden sich

- 
- 6    Damit rede ich keinem Zwei-Phasen-Modell der Entwicklung das Wort, weil in einem solchen Modell (= absolute Zentralisierung ist für den Anfang schon richtig) der Entwicklungsgedanke verloren geht und der Status quo sich zementiert. Vgl. auch R. Damus; Über den Zusammenhang zwischen der mangelnden Vergesellschaftung der Entscheidungsprozesse und der mangelnden ökonomischen Effizienz. Für die Zeitschrift „Deutschland archiv“
  - 7    R. Damus: Wertkategorien als Mittel der Planung – Zur Widersprüchlichkeit der Planung gesamtgesellschaftlicher Prozesse in der DDR. In: Probleme des Klassenkampfes. Sonderheft 5. Erlangen 1873

letztendlich in emanzipatorischer Weise durchsetzen. Ein solch ontologisches Geschichtsverständnis, das in der Kritik wesentliche Positionen mit dem Kritisierten teilt, lehne ich strikt ab (auch hierbei möchte ich auf mein Buchmanuskript verweisen). Diese Ablehnung findet ihre Begründung hauptsächlich darin, daß ein solches Geschichtsverständnis – gewollt wie ungewollt – die Individuen immer wieder zu Objekten des Geschehens – sei es der Geschichte oder der Politik der Partei – degradiert.

## 2. Zum Problem der Gleichsetzung von Sozialismus und Planwirtschaft: Plan-Markt-Ebene

Die Intention, die ich unter Punkt 1 beschrieben habe, schließt eine bewußt gewollte Diskussion auf der Plan-Markt-Ebene aus. Explizit habe ich auch – sowohl einleitend im „Prokla-Sonderheft“ wie einleitend in die „Entscheidungsstrukturen“ – eine solche Diskussionsebene abgelehnt. Nichtsdestotrotz ist es natürlich möglich, daß ein Wissenschaftler entgegen dem, was er will, implizit doch Ansatzpunkte hat bzw. Konzeptionen verhaftet ist, die er explizit ablehnt. Daher ist es nicht mit dem Verweis darauf getan, daß ich diese Argumentationsebene nicht als entscheidende Ebene der Diskussion ansehe. Vielmehr ist es erforderlich aufzuzeigen, was an deren Stelle gesetzt wurde und daß auf einer grundsätzlichen Ebene die eine Argumentationskette die andere ausschließt.

Hierzu muß ich an zweierlei Argumentationen meinerseits erinnern:

a) ich habe in einem Aufsatz, der sich mit den Implikationen der bisherigen Planungssysteme der DDR befaßt (8), ausführlich begründet, daß und warum sich mit dem Wechsel der Planungssysteme (also mit dem NÖS von 1963) an den gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen grundlegend nichts änderte, weshalb es demnach falsch ist, eine grundsätzliche Kritik anhand der Wirtschaftsreformen zu entwickeln, weshalb es weiterhin falsch ist, erst bei den Wirtschaftsreformen mit der Kritik einzusetzen. Wer so verfährt, bewegt sich in der Tat auf der Plan-Markt-Ebene. Im Zusammenhang mit dieser Argumentation habe ich darauf verwiesen, daß die Wirtschaftsreformen unter diesem Aspekt lediglich einen Wechsel in den Planungstechniken darstellen, nachdem die bisherigen Planungstechniken mit ihren ökonomisch negativen Auswirkungen die reduzierte Legitimationsbasis des Herrschaftssystems (Förderung schnelleren wirtschaftlichen Wachstums als im Kapitalismus) in Frage stellten.

Der Aufweis, daß sich an den konkreten Vergesellschaftungsprozessen (Demokratisierung) mit dem Wechsel der ökonomischen Mechanismen grundsätzlich (außer der vagen Möglichkeit einer gewissen „Liberalisierung“) nichts änderte, war auch der Grund dafür, weshalb ich in den „Entscheidungsstrukturen“ die Wirt-

---

8 R. Damas: Planungssysteme und gesellschaftliche Implikationen – am Beispiel der Planungssysteme in der DDR. In: Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften. Hg. v. P. Henricke. Frankfurt 1973. S. 215 ff.

schaftsreformen vornehmlich unter ökonomischen Kriterien betrachtete, um zu sehen, welches Planungssystem – wenn schon die Planungssysteme unter dem Aspekt der bewußten Vergesellschaftung betrachtet keine Unterschiede aufweisen – unter ökonomischen Aspekten auf einem bestimmten historischen Stand eher zur Lösung der anstehenden Probleme in der Lage ist. Aus demselben Grund spreche ich auch nicht von einem dezentralen und einem zentralen System, sondern von einer direkten bzw. indirekten Zentralisierung. In diesen Kategorien kommt bereits der instrumentelle Charakter der Planungssysteme zur Absicherung der spezifischen Herrschaft zum Ausdruck, so daß nicht von einer Demokratisierung, sondern höchstens von einer gewissen „Liberalisierung“ im ökonomischen Bereich gesprochen werden kann.

Soweit ich in den „Entscheidungsstrukturen“ über die Behandlung ökonomischer Probleme hinausging, geschah dies unter der Fragestellung, inwieweit „dezentralisierende“ Momente sich mit bestimmten Vorstellungen über Sozialismus vereinbaren lassen. Daß in der DDR sowohl die direkte wie die indirekte Zentralisierung bzw. die unterschiedlichen Planungssysteme hierzu keinen Beitrag leisten und keinen leisten sollen, habe ich nachgewiesen. Das Planungssystem ist also nicht genuin verursachend, sondern bereits gesellschaftlich bedingt. Diese Fragestellung muß behandelt werden, soll sich die Frage nach der gesamtwirtschaftlichen Effizienz nicht verselbständigen.

b) Insbesondere nach den Aufsätzen im „Leviathan“ und im „Kursbuch“ ist mir die Rezeption meiner Intention bzw. Position als Gleichsetzung von Sozialismus und (zentraler) Planwirtschaft völlig unbegreiflich. In dem „Leviathan-Aufsatz“ habe ich einen Ansatz für eine gesamtgesellschaftliche Analyse nachkapitalistischer Gesellschaften vorzustellen versucht. Ich habe damit die Ebene der vornehmlich gesamtwirtschaftlichen Betrachtungsweise meiner bisherigen Arbeiten erweitert, indem ich die Planungsmechanismen nicht mehr hinsichtlich ihrer ökonomischen Problematik betrachte. Vielmehr untersuche ich u.a. anhand des – gleichgültig, ob „zentralen“ oder „dezentralen“ – Planes, die spezifische Gesellschaftsform bzw. Form der Vergesellschaftung.

Dabei geht es mir um den Nachweis, daß den verschiedenen Planungstechniken und planwirtschaftlichen Systemen keine andere als die bürgerliche Rationalität zugrunde liegt. Das heißt: das Produktionsziel und damit die Bedürfnisstruktur sind gegenüber dem Kapitalismus unverändert, die menschlichen Beziehungen der Masse der Betroffenen auf der horizontalen Ebene haben sich folglich nicht verändert, die Produzenten sind immer noch Objekte und nicht Subjekte der Prozesse; damit hat sich auch die spezifische Weise der Arbeitsableistung nicht geändert – um nur die wichtigsten Aspekte zu nennen. M.a.W.: wesentliche bürgerliche Strukturen sind tradiert, werden halb bewußt tradiert und müssen es, da sie zur längerfristig unproblematischeren Aufrechterhaltung der spezifischen Herrschaft unumgänglich sind. Sie entsprechen der Herrschaftslegitimation der (intensiv) erweiterten Reproduktion bzw. der Verabsolutierung quantitativen Wachstums. Weshalb ich einem solchen System, dem diese Implikationen zugrunde liegen, auf denen der Plan erst aufbaut, das Attribut sozialistisch zukommen lassen sollte, bleibt das Geheimnis des

Kritikers. Wie gleich noch zu zeigen sein wird, lassen die getroffenen Feststellungen aber auch keine Umkehrschlüsse, wie „Staatskapitalismus“ oder „kapitalistische Restauration“ zu.

### 3. Zum Problem der Formanalyse

Implizit bin ich auf diese Problematik partiell bereits unter 2b eingegangen. Die Fragestellung, die das angesprochene Problem verdeutlicht, lautet: „Wodurch wird die Einheit im Mannigfaltigen der gesellschaftlichen Prozesse, d.h. die (gesellschaftliche) Synthesis hergestellt . . .“ (9)? Ich hätte vielleicht explizit sagen sollen, daß ich diese Frage im formulierten Zusammenhang nicht genetisch, sondern strukturell begreife. Ich frage folglich danach, wie es dazu (aufgrund welcher Mechanismen) kommt, daß sich die gewordenen Herrschaftsstrukturen immer von neuem reproduzieren können. Ich frage hingegen nicht nach dem Werden des Gewordenen und argumentiere somit auf der Ebene der Resultate einer historischen Entwicklung, die nun diese Resultate als Voraussetzungen der Reproduktion auf eigener Grundlage hat (10). Zur Lösung der genetischen Frage würde ich nicht die DDR als Untersuchungsgegenstand wählen, vielmehr wäre dann eine Untersuchung der ersten fünfzehn Jahre der UdSSR erforderlich – doch dazu später. Die Frage nach der gesellschaftlichen Synthesis wird von mir in Auseinandersetzung mit der Synthesis kapitalistischer Gesellschaften entfaltet; es wird daher nach dem gefragt, was den Unterschied zwischen den verschiedenen Gesellschaftsformationen ausmacht. Ich versuche dabei aufzuzeigen, daß sich in den nachkapitalistischen Gesellschaften (RgW-Staaten [11]) eine andere gesellschaftliche Synthesis vollzieht als in den kapitalistischen, nämlich daß hier statt einer grundsätzlich indirekten Synthesis über den Tausch die Synthesis über direkte Herrschaftsausübung hergestellt wird.

Insoweit handelt es sich um verschiedene Gesellschaftsformationen; für die osteuropäischen Staaten ist damit weder das Attribut sozialistisch noch kapitalistisch noch die Charakterisierung als deformierte Arbeiterstaaten zutreffend. Die Reproduktion gesellschaftlicher Herrschaft vollzieht sich grundlegend neu; sie wird dementsprechend auch anders erfahren und leichter durchschaut als die bürgerliche Herrschaft. Wenn ich dennoch unter Punkt 2b von der Tradierung bürgerlicher Strukturen spreche, so ergibt sich daraus kein Widerspruch.

Es ergibt sich deshalb kein Widerspruch, weil eine direkte Herrschaftsausübung sich entweder mit persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder aber mit der Tradierung bürgerlicher Gesellschaftsstrukturen historisch verbinden kann

---

9 Damus, Vergesellschaftung oder . . . , Leviathan, S. 180.

10 K. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin (DDR) 1953. S. 363ff, 582ff.

11 Das Beispiel Jugoslawien ist daher fehl am Platz – was selbst bei P. Mattick (Marx und Keynes, Frankfurt 1971, S. 298), einem Theoretiker des Staatskapitalismus, nachgelesen werden kann.

bzw. muß. In den nachkapitalistischen Gesellschaften ist innerhalb eines direkt bestimmten Rahmens zunehmend (aufgrund der außenpolitisch stabileren Situation wie insbesondere aufgrund der Legitimation durch intensiv erweitertes [quantitatives] Wachstum) das letztere der Fall (12) – mit allen Konsequenzen wie der Trennung von öffentlicher und privater Sphäre, damit der Rolle des Staates, der spezifischen Arbeitsteiligkeit, der Individualisierung, dem Verbleib in der Privatheit – sei es zur besseren Aufrechterhaltung der Herrschaft, sei es weil Gewordenes als Naturwüchsiges begriffen wird, sei es von Seiten der Betroffenen mehr oder weniger bewußt als letzte (passive) Möglichkeit zum Schutz gegenüber bestehenden Herrschaftsansprüchen. Insofern reproduziert die spezifische Herrschaftsausübung zu ihrer Erhaltung tradierte bürgerliche Mechanismen (bzw. setzt sie diese voraus). Andererseits werden bürgerliche „Errungenschaften“ dort in Frage gestellt und abstrakt negiert, wo sie der Herrschaftserhaltung gefährlich werden könnten.

Diese Ausführungen, die hier nur konstatierenden Charakter haben können, sind auch nicht dahingehend mißzuverstehen, daß eben verschiedene gesellschaftliche Strukturprinzipien in den nachkapitalistischen Gesellschaften vorliegen, so daß man von einer Übergangsgesellschaft sprechen müßte. Vielmehr versuchte ich zu begründen, daß die nachkapitalistische Gesellschaftsformation a la DDR sich auf einer eigenen Basis reproduziert und wie sie dies tut. Versucht man die Frage nach der gesellschaftlichen Synthesis so zu beantworten, wie ich dies getan habe, dann kann weder von einer Übergangsgesellschaft gesprochen werden noch von einer kapitalistischen Restauration oder von Staatskapitalismus. Auch dazu noch später.

#### **4. Zum Problem des historischen Fortschritts bzw. des historischen Rückschritts der nachkapitalistischen Gesellschaften im Vergleich mit der kapitalistischen Gesellschaft**

Ich habe mich nicht explizit dahingehend geäußert, daß ich nachkapitalistische Gesellschaften insgesamt als historischen Rückschritt bzw. Fortschritt bezeichnet hätte, vielmehr habe ich die Frage am Gegenstand mit seinen verschiedenen Aspekten inhaltlich entfaltet, was mir sinnvoller zu sein scheint. M.E. – und das habe ich in verschiedenen Arbeiten zu belegen versucht – läßt sich weder einfach von einem Fortschritt noch von einem Rückschritt sprechen, vielmehr treffen beide Beurteilungen zu, je nachdem, welche Bereiche man analysiert. Wie ich dies meine, müßte insbesondere im „Leviathan-Aufsatz“ deutlich geworden sein.

Rückschrittlich sind für mich all die Momente, die bürgerliche Errungenschaften ohne die Legitimation einer Zwangssituation abstrakt negieren, statt sie positiv

---

12 Ähnliche Überlegungen finden sich in nuce partiell bei Mattick (vgl. Fußn. 11). Diese Feststellung ändert nichts daran, daß direkte Gewalt dem System strukturell immanent ist und auch, so erforderlich, ausgeübt wird.

aufzuheben; rückschrittlich ist für mich daher die *Form* der Negation bürgerlich-formaler Rechte wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Freiheit von Wissenschaft und Kunst, der Organisationsmöglichkeit, der bürgerlichen (in weiten Bereichen theoretischen wie herrschaftsstabilisierenden) Gewaltenteilung, der Negation des Gesetzes- bzw. Rechtsverständnisses. (Ich betone: rückschrittlich ist nicht die Tatsache, daß es diese Momente in althergebrachter Weise nicht gibt, sondern die Form ihrer Negation.) Rückschrittlich ist für mich die Form der Negation von Errungenschaften der Arbeiterbewegung wie die des Streikrechts bzw. die Organisation einer Interessenvertretung (Gewerkschaften).

Solche Feststellungen haben nichts mit einer Apologie der bürgerlichen Gesellschaft (oder mit einer mangelnden Durchdringung ihrer Mechanismen) zu tun: entweder sind die genannten Aspekte Vorstellungen, die in einer kapitalistischen Gesellschaft wie der BRD auf dem Papier stehen und/oder aber es sind Möglichkeiten, die der bürgerlichen Klasse, jedoch nicht der Arbeiterklasse, zugute kommen, da ihre materiellen Voraussetzungen fehlen und ohne Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft auch nicht geschaffen werden können. Die genannten Aspekte sind allerdings nicht nur nach ihrem Inhalt, sondern auch nach ihrer Form zu betrachten.

Fortschrittlich sind verwaltende Maßnahmen (in dieser Formulierung liegt bereits eine gravierende Einschränkung) auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, des Bildungswesens, ganz allgemein der Sozialpolitik. Fortschrittlich ist also – allgemein formuliert – die vorhandene soziale Sicherheit; zu jedem der aufgeführten Momente ließ sich gleichzeitig berechtigte Kritik formulieren – beispielsweise zum Bildungswesen Einwände hinsichtlich der Bildungsinhalte, angefangen bei den Formen der Erziehung etc., die genau auf den „Bürger“ abzielen, wie er im tradiert arbeitsteiligen Prozeß zwecks eines unkomplizierten Ablaufs innerhalb und außerhalb des Arbeitsprozesses erforderlich ist.

Doch darum geht es hier nicht. Hier geht es vielmehr um die Frage, ob die andere gesellschaftliche Synthese strukturell andere Verhältnisse hervorbringt – Momente, die unter strukturellen Aspekten nicht die kapitalistische Gesellschaft charakterisieren. Im Verlauf dieser Argumentation bin ich auch auf die Arbeitsplatzsicherheit als einem entscheidenden strukturellen Moment für eine Gesellschaftsformation wie die der DDR eingegangen. Dem entgegenzuhalten, unter welchen hypothetischen Aspekten „westliche Kapitalisten“ bereit wären, auf Arbeitslosigkeit zu verzichten, heißt, von den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Gesellschaft nichts begriffen zu haben. Auch das Wortspiel Ausbeutungsgesellschaft trägt nicht, es ist in diesem Zusammenhang das Gespinnst eines Theoretikers, der nicht zugleich der Gefahr ausgesetzt ist, den realen Unterschied zwischen „Ausbeutungsplatzsicherheit“ und Arbeitslosigkeit erfahren zu müssen.

In nachkapitalistischen Gesellschaften werden die Investitionen nicht unter einzelwirtschaftlichem Profitinteresse einzelwirtschaftlich getätigt, weshalb auch der Zyklus von Konjunkturen und Krisen und damit Arbeitslosigkeit nicht strukturell angelegt ist. Es lassen sich vielmehr mit der Entscheidung über gesamtwirtschaftliches Wachstum – falls erforderlich – von vornherein Maßnahmen zur Sicherung

der Arbeitsplätze und der allgemeinen Versorgung aufstellen, während im kapitalistischen System lediglich bedingt die Möglichkeit besteht, über die Förderung einzelwirtschaftlicher Interessen Arbeitslosigkeit eventuell zu reduzieren und sozialpolitisch dort einzugreifen, wo offenkundige Probleme, die tendenziell das System gefährden könnten, sich auftun.

Diese prinzipielle Ebene wird nicht durch vergleichende Einwände hinsichtlich Lohnhöhe, Wohnungssituation etc. entkräftet. Zum einen stellt sich hier die Frage, inwieweit die in den realen Systemen strukturell gegebenen Möglichkeiten (und Widerwärtigkeiten) verwirklicht (bzw. reduziert) werden. Zum andern kommt hinzu, daß der dabei von Buddeberg vorgenommene Vergleich zwischen der BRD und der DDR absolut unhistorisch ist, völlig von den verschiedenen Ausgangsbedingungen und -restriktionen absieht, was insbesondere auch deshalb zu kritisieren ist, weil er (abstrakt) zurecht die Notwendigkeit historischer Analyse hervorhebt.

## 5. Zum Problem der historischen Entstehungsbedingungen heutiger Herrschaftsformen in nachkapitalistischen Gesellschaften

Buddeberg stellt zurecht fest, daß ich zu den historischen Entstehungsbedingungen der Herrschaftsformen wenig sage. Dazu kann ich nur sagen, daß ich eine solche Analyse eben bisher auch gar nicht vorhatte und zwar nicht deshalb, weil ich diese Analyse nicht für wichtig erachte, sondern weil ich andere – nicht minder wichtige – Fragestellungen vorzog und einstweilen noch vorziehe. Will man über die historischen Entstehungsbedingungen der spezifischen Herrschaftsverhältnisse arbeiten, so muß man dies anhand der Entwicklung der UdSSR tun. Die DDR ging keinen eigenen Weg; sie hatte einen Spielraum nur in marginalen Bereichen. Daher kann man unter *dieser* Fragestellung auf eine historische Analyse der DDR weitgehend verzichten. Deshalb ist hier bei mir eine gewußte „Lücke“ (13)

Nebenbei sei festgestellt, daß Buddeberg zum Problem der Entstehungsbedingungen der UdSSR außer dem sattsam bekannten Argument der außenpolitischen Situation nicht mehr zu berichten hat. Wen vornehmlich das genetische Problem interessiert, der sei auf das neue Buch von Bettelheim, aber auch auf die Arbeiten von Rabehl und Wolter verwiesen (14). In diesem Buch vertritt Bettelheim zwar zumindest schon seine dritte – jeweils konträre – Position zu diesen Gesellschaften, dennoch sind seine zentralen Arbeiten trotz ihrer jeweiligen (auch in der neuesten) Einseitigkeit von hoher Qualität (15). Ich bin trotz grundsätzlicherer Einwände ge-

---

13 Vgl. hierzu: B. Sarel: Arbeiter gegen den „Kommunismus“. Zur Geschichte des proletarischen Widerstandes in der DDR (1945-1958). München 1975.

14 Ch. Bettelheim: Die Klassenkämpfe in der UdSSR, Bd. I 1917-1923, Berlin (West) 1975. B. Rabehl: Marx und Lenin. Berlin (West) 1973, U. Wolter: Grundlagen des Stalinismus, Berlin (West), 1975.

15 Ch. Bettelheim: Theorie und Praxis sozialistischer Planung. München 1971. Ch. Bettelheim: Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft. Berlin (West), 1970.

gen bestimmte Implikationen des neuen Buches (objektivistische Geschichtsbetrachtung, damit zusammenhängend das Verhältnis von gesellschaftlichem Sein und Erfahrung, die Parteitheorie, die einseitig positive Beurteilung Lenins und die zugrunde liegende unkritisch positive Position gegenüber China) der Überzeugung daß Bettelheim damit bisher am umfassendsten Gründe für das Scheitern der russischen Revolution darlegt. Daß Bettelheim dies konnte, liegt m.E. daran, daß er im Gegensatz zu den meisten Kritikern ein umfassendes, kein juristisches Verständnis von dem hat, was bürgerliche Gesellschaft heißt. Daher ist er in der Lage, all den bürgerlichen Momenten und ihrer Stabilisierung, wie sie sich bereits in den ersten Jahren der UdSSR entwickelten und verfestigten, nachzugehen. In Anbetracht des mir gegenüber erhobenen Einwandes möchte ich also auf Bettelheim, wie auch auf Rabehl und Wolter verweisen, die im Gegensatz zu Bettelheim die Entwicklung Rußlands im 19. Jahrhundert, die partiell falsche Analyse der russischen Entwicklung wie der der hochentwickelten westeuropäischen Staaten durch Lenin (und die damit verbundenen negativen politischen Auswirkungen), den Einfluß der II. Internationale auf die Bolschewiki, sowie die schwankende Haltung der Bolschewiki gegenüber den Klassenkämpfen in Rußland als wichtige Momente zur Erklärung der realen Entwicklung betonen.

## 6. Die Position des Staatskapitalismus bei Buddeberg

Die Konzeptionen des Staatskapitalismus hat in der „Prokla“ ausführlich W. Olle analysiert. Ich will hier daher nur stichwortartige Einwände gegen die Andeutungen des Kritikers formulieren:

1. weiß Buddeberg, wie bereits bemerkt, als Erklärung für die Entwicklung der UdSSR lediglich die außenpolitische Situation anzugeben und dies in einer Weise, daß er eigentlich auch keine Kritik mehr an diesen Staaten entfalten kann, da er die Entwicklung aufgrund der kapitalistischen Umwelt bzw. des kapitalistischen Weltmarktes als zwingend hinstellt;

2. ist es in Anbetracht des unzulänglichen Kapitalismusverständnisses (s.o.), nicht verwunderlich, daß er den Begriff Staatskapitalismus für die osteuropäischen Staaten verwendet;

3. muß man sich allmählich fragen, was „Staatskapitalismus“ ist und wie er zustande kommt:

- a) bei Kuron/Modzelewski kommt er durch die Notwendigkeit eines Zwei-Phasen-Modells zustande, also als Folge der Fundamentalindustrialisierung (ursprüngliche Akkumulation und ihre gesellschaftlich negativen Auswirkungen);
- b) bei Cliff und meinem Kritiker als Folge der Verflechtung mit dem kapitalistischen Weltmarkt;
- c) bei Mattick als – wenn auch mit einem politischen Akt verbundene – Weiterentwicklung des „gemischten Wirtschaftssystems“. Mit diesem System ist der Staatsinterventionismus angesprochen, allerdings im Rahmen einer falschen Kapitalanalyse, nämlich einer solchen, die die Bewegungsgesetze des Kapitals und ihre

gesellschaftlichen Auswirkungen so gering einstuft, daß die staatlichen Eingriffsmöglichkeiten überschätzt werden. Bei Mattick nimmt die Staatstätigkeit sozusagen naturgesetzlich und notwendig kontinuierlich zu, so daß – wertend gefaßt – die staatskapitalistischen Länder einen Fortschritt darstellen.

Während also bei Buddeberg in seinem Vergleich DDR-BRD eine Gleichsetzung anklingt, weshalb von *Staatskapitalismus* als besonderem Merkmal zu sprechen nicht einsichtig ist, macht Mattick den historischen Fortschritt, wenn er die staatlichen Möglichkeiten betont, am Plan fest, ohne daß man sagen könnte, daß er auf der Plan-Markt-Ebene argumentiert, vielmehr ergeben sich, wie ich zu meiner Überraschung festgestellt habe, partiell parallele Argumentationen zu meinen Ausführungen im „Leviathan“ (16).

Wichtiger als diese Einwände ist mir jedoch an der Charakterisierung der osteuropäischen Staaten als staatskapitalistisch etwas anderes. Wichtig ist mir, daß eine solche Erklärungsweise sich die Entwicklung der letzten 60 Jahre und die Frage nach der Verantwortung sozialistischer bzw. marxistischer Kritik, Theorie und Praxis insofern leicht macht, als sie mit der Feststellung Staatskapitalismus und dessen primäre Verursachung durch die kapitalistische Umwelt sich von der realen Situation in den osteuropäischen Staaten per definitionem „freispricht“, mit ihr schlichtweg nichts zu tun hat. Hiermit macht man es sich entschieden zu leicht; daraus erwächst die Gefahr, daß mögliche grundsätzliche Veränderungen erneut pervertiert würden, weil 60 Jahre Geschichte scheinbar nichts mit marxistischer Theorie, Kritik und Praxis zu tun haben. Demgegenüber bin ich der Meinung, daß der „Stalinismus“ (bzw. seine heutige liberalere Form) in seiner spezifisch direkten Herrschaftsausübung durchaus etwas mit Positionen zu tun hat, die sich von marxistisch verpflichtetem Denken her – wenn auch in pervertierter Form – entwickelten. Das nicht heißen soll, daß ich die Ursache für die Entwicklung lediglich in partiell problematischen Theoremen suche; daß diese jedoch ihren Teil zur Entwicklung beigetragen haben, steht umgekehrt außer Frage (17).

---

16 Vgl. Manuskript, Fn 1, Kap. III.

17 Vgl. ebd., Kap. I.